

24.04.2017

Zum Tag der Arbeit: Studie über die „Zukunft der Arbeit als öffentliches Thema“

+++ Studie der Otto Brenner Stiftung (OBS) analysiert Presseberichterstattung über die Zukunft der Arbeit +++ Welche Botschaften stehen im Mittelpunkt? +++ Welche Probleme werden diskutiert, welche Hoffnungen geweckt? +++ Prozess der Digitalisierung wird wie ein Naturgesetz wahrgenommen +++ politische Gestaltungsansprüche bleiben wenig ambitioniert und seltsam reduziert +++

Frankfurt/Main, den 24. April 2017. Die Arbeitsgesellschaft durchlebt seit Jahren einen epochalen Umbruch. Es müssen Antworten auf radikale Neuerungen gesucht und Lösungen für dramatische Veränderungen gefunden werden. Doch an die Zukunft der Arbeit richten die meinungsbildenden Medien in Deutschland nur altbekannte Fragen: Sie berichten über die technischen Veränderungen und beschreiben die digitale Revolution im Horizont der seit 150 Jahren vertrauten Probleme. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung der Otto Brenner Stiftung, die soeben zum diesjährigen Tag der Arbeit erschienen ist. Die Autoren haben die Presseberichterstattung von elf deutschen Tages- und Wochenzeitungen analysiert und unter dem Titel „Die Zukunft der Arbeit als öffentliches Thema“ veröffentlicht. Der Untertitel diagnostiziert eine „Presseberichterstattung zwischen Mainstream und blinden Flecken“. Untersucht wurden u. a. „Der Spiegel“ und „Die Zeit“, die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, die „Süddeutsche Zeitung“, „Die Welt“, das „Handelsblatt“ und „die Tageszeitung“.

„Sorgenvolle Unausweichlichkeit“ sei der Grundton der Medienberichterstattung, resümiert die Studie. „Stärkerer Konkurrenzdruck zwischen Arbeitssuchenden, wachsende soziale Unsicherheiten für die Beschäftigten, noch schärfere Kontrollen der Arbeitsleistungen werden mit einer Unausweichlichkeit beschrieben, als wären die Menschen der Gewalt von Naturgesetzen ausgeliefert.“ Die Digitalisierung werde als eine Sturmflut dargestellt, auf deren Wellen fortschrittliche Unternehmen von Erfolg zu Erfolg surfen, während die langsamen scheitern. Zu den Merkmalen der journalistischen Berichterstattung über die Arbeit der Zukunft gehöre, dass sie den Entscheidungscharakter der bisherigen Veränderungen und der weiteren Entwicklungen verneble und auf diese Weise zu einer Entpolitisierung von Arbeit und Wirtschaft beitrage, kritisieren die Autoren. „Der Gedanke, dass der technische Umbruch selbst das Resultat von Arbeit ist, kommt nicht vor.“

Von dem Fortschrittsoptimismus, der die industrielle Revolution getragen habe, sei in der Berichterstattung über die Digitalisierung wenig zu spüren. „Es gibt Versprechungen interessierter Akteure auf Verbesserungen, aber es herrscht keine öffentliche Zuversicht, dass hier eine gute Entwicklung im Gang ist.“ Der Idee, dass mit den neuen technischen Potenzialen auch eine Befreiung von der Arbeit einhergehen könnte, werde in den untersuchten Zeitungen nicht weiter nachgegangen, stellt das Autorenteam ebenso überrascht wie nüchtern fest.

Pluralistisch werde über Chancen und Risiken informiert, mit dem Akzent auf den Risiken. Dogmatisch werde von einem Primat wirtschaftlicher Effizienz ausgegangen, auf den die Beschreibung der digitalen Technik alternativlos fixiert bleibe. Alle anderen Zwecke, Absichten und Wünsche, wie Vorstellungen von gutem Leben, Interessen der Beschäftigten, kulturelle Werte und Normen, politische Ambitionen, würden als Variablen behandelt, die sich dem ökonomischen Effizienzanspruch anzupassen hätten.

Die Studie folge, so betonen Autoren und Stiftung, „weniger einer medienkritischen Intention als einem gesellschaftspolitischen Interesse“. Es sei nicht darum gegangen, Unterschiede zwischen den einzelnen Medien zu erforschen, sondern die Grundbotschaften und übergreifenden Erzählungen zur Zukunft der Arbeit herauszufiltern. OBS-Geschäftsführer Jupp Legrand weiter: „Die Art und Weise, wie die Zukunft der Arbeit öffentlich betrachtet und beschrieben wird, muss nach unserer Auffassung auch öffentlich problematisiert werden.“ Dies treffe besonders auf die Beobachtung zu, dass politische Gestaltungsansprüche nur merkwürdig reduziert festzustellen seien. Dieser Befund ist für die Stiftung besonders bedenklich. „Selbstentmachtung“, so Geschäftsführer Legrand, „war noch nie ein Weg in eine bessere Zukunft“.

Hans-Jürgen Arlt, Martin Kempe, Sven Osterberg: Die Zukunft der Arbeit als öffentliches Thema. Presseberichterstattung zwischen Mainstream und blinden Flecken. OBS-Arbeitsheft 90; Frankfurt/Main 2017



Studie kostenfrei bestellen, lesen, downloaden:
www.otto-brenner-stiftung.de

Kontakt:

Jupp Legrand

Telefon: 069 - 6693 2810

E-Mail: info@otto-brenner-stiftung.de

Autoren:

Hans-Jürgen Arlt

h-j.arlt@gmx.de

Martin Kempe

markempe@t-online.de

Sven Osterberg

sven@praxis-osterberg.de